

E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn
TÜ/SA/48103Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265Datum
17.11.2015

**Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Entgelte für die Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 geändert wird
(Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – Novelle 2016, GSNE-VO 2013 – Novelle 2016)**

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung des oben genannten Verordnungsentwurfes und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Der gegenständliche Verordnungsentwurf der Regulierungskommission der E-Control (REK) ist Grundlage für die im Kalenderjahr 2016 anzuwendenden Gas-Netzentgelte (§ 72 GWG 2011). Basis für diese Entgeltbestimmung ist das Kosten- und Mengenermittlungsverfahren der Energie-Control-Austria (ECA), die durch den Vorstand der ECA mittels Bescheid festgestellt wurde (§ 69 Abs. 1 GWG 2011). Weiters bestimmt diese Verordnung das Verfahren der Kostenwälzung gemäß § 83 Absatz 3 GWG 2011, die Ausgleichszahlungen zwischen den Netzbetreibern eines Netzbereiches und das Entgelt für die Verteilergebietsmanager der Verteilergebiete Ost, Tirol und Vorarlberg.


Die wichtigsten Ziele der Regulierung der Gasnetze liegen in der langfristigen Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie in der Leistbarkeit von Energie. Die Netzregulierung muss somit die Zielsetzung eines kosteneffizienten Netzbetriebs mit ausreichenden Investitionsanreizen für die Netzbetreiber in Einklang bringen. Darüber hinaus soll die Regulierung darauf Bedacht nehmen, dass die Erreichung von gesamtwirtschaftlichen Zielen bestmöglich unterstützt wird. Bei der Überwälzung von geprüften Kosten auf nachgelagerte Netzebenen soll eine faire Lastenverteilung verwirklicht werden.

Insbesondere im Hinblick auf die Investitionsanreize und damit in weiterer Folge auch auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele sind die Erläuterungen zu § 3, wonach „Investitionen.....prinzipiell nur dann getätigt werden (sollen), wenn die verbindlichen Buchungszusagen der Marktteilnehmer die Kosten der am betreffenden Netzkopplungspunkt geschaffenen zusätzlichen Kapazität zumindest decken“.

Aus der Sicht des Österreichischen Gewerkschaftsbundes ist diese Überlegung über die betriebswirtschaftlichen Tatbestände hinaus deshalb problematisch, weil zwischen der Investitionsentscheidung im Unternehmen und der tatsächlichen Durchführung eine gewisse zeitliche Distanz liegt, die erheblich von den seinerzeitigen verbindlichen Buchungszusagen der Marktteilnehmer abweichen können. Daher ist diesbezüglich ausreichende Flexibilität geboten - auch weil allfällige Kapazitätserweiterungen im Regelfall mit positiven gesamtwirtschaftlichen Effekten (höheres Wirtschaftswachstum, positive Beschäftigungseffekte) einhergehen.

Jedenfalls verlangt der Österreichische Gewerkschaftsbund, dass bei der Kostenfeststellung betreffend die Löhne und Gehälter die Veränderungen im Wege von kollektivvertraglichen Vereinbarungen voll zu berücksichtigen sind.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Erich Foglar
Präsident



Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär